

## Herbert Tumpel

Präsident der Bundesarbeitskammer



# Wiederherstellung der Finanzierung durch die Banken

Europa und Österreich erleben die schwerste Wirtschaftskrise seit 1929. Seit dem Herbst des Vorjahres sind die Prognosen – nicht nur in Österreich – mehrfach nach unten revidiert worden. Laut der letztgültigen Prognose des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) halten wir bei  $-2,2\%$  für 2009, aber eine weitere Revision nach unten ist zu erwarten. Die EU-Kommission prognostiziert sechs Wochen nach der letzten WIFO-Prognose  $-4\%$  für Österreichs BIP 2009, und für den Euroraum ebenfalls  $-4\%$ . In dieser Situation ist die Sicherung der Beschäftigung durch Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage die wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik, die bereit sein sollte, auf neuere Entwicklungen angemessen zu reagieren.

Das von der Regierung vorgelegte *Doppelbudget* für die Jahre 2009/10 weist eine eindeutige antizyklische Gestaltung auf. Das Bundesbudget trägt damit die Hauptlast der Auswirkungen der Rezession sowie der Maßnahmen zum Gegensteuern. Während das BIP 2009 (real und nominell) zurückgeht und auch 2010 nur wenig zunimmt, steigen die Ausgaben bereinigt um die nicht nachfragewirksamen Komponenten in beiden Jahren markant an, während die Einnahmen zurückgehen. Die budgetierten Maastricht-Defizite von  $3,5\%$  des BIP 2009 und von  $4,7\%$  2010 tragen maßgeblich zu einer Abmilderung der Rezession und zu einer sozialen Abfederung ihrer Auswirkungen bei und sind als „expansiv“ zu werten.

Die *Infrastrukturmaßnahmen der Konjunkturpakete* stützen die Nachfrage im Investitionsbereich, unter der Voraussetzung einer raschen Umsetzung der einzelnen Maßnahmen. Durch die Steuersenkung wird relativ kurzfristig über eine Erhöhung des privaten Kon-

sums Nachfrage für andere Produktionsbereiche geschaffen. Im Verhältnis zum BIP sind diese Nachfrageimpulse durchaus beachtlich (laut Schätzung der Oesterreichischen Nationalbank wird das BIP durch die Konjunkturmaßnahmen 2009 um  $0,8\%$  und 2010 um  $1,4\%$  höher ausfallen als ohne diese Maßnahmen) – aber angesichts der neuerlichen Verschlechterung der Situation doch nicht ganz ausreichend.

Zum größeren Teil erfolgt die Zunahme des Defizits *passiv*, d. h. durch geringere Einnahmen an Steuern und Sozialbeiträgen, bei steigenden Ausgaben aufgrund der gegebenen Ansprüche. Diesen *automatischen Stabilisatoren* kommt eine entscheidende Rolle dabei zu, dass negative Zweitrundeneffekte aus dem Absinken der Beschäftigung und aus dem Rückgang von Steuer- und Sozialbeitrageinnahmen vermieden oder wesentlich gedämpft werden. Der So-



zialstaat hat eine wichtige Funktion bei der Stabilisierung der Konjunktur im Abschwung, gleichzeitig wird durch ihn das allgemeine Vertrauen der privaten Haushalte als Konsumenten in die zukünftige Wirtschaftsentwicklung gestärkt.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muss oberste Priorität der Bundes-

regierung sein. Dies gilt umso mehr, wenn die neuen Wirtschaftsdaten und Prognosen für die österreichische Wirtschaft 2009 und 2010 wahrscheinlich schlechter ausfallen als bei der Budgeterstellung angenommen wurde. Es ist einnahmen- und ausgabenbedingt mit entsprechend höheren Defiziten zu rechnen. Das bedeutet, dass die Bud-



getpolitik die automatischen Stabilisatoren voll wirken lassen muss und dass gleichzeitig von der Politik zusätzliche Maßnahmen zur Stimulierung der Investitionen und des privaten Konsums gesetzt werden müssen. Als Maßnahme im Infrastrukturbereich kommen dafür in erster Linie Investitionshilfen (projektbezogene Zinszuschüsse) des Bundes an die Gemeinden für die Finanzierung eines kommunalen Infrastruktur- und Beschäftigungsprogramms in Frage. Zur Einkommensstärkung sollte die Ersatzquote bei der Arbeitslosenunterstützung und Notstandshilfe angehoben werden.

Mittelfristig hat sich die Bundesregierung eine *Konsolidierung* bzw. die Rückführung des Defizits unter die im Bundesfinanzrahmen bis 2013 angege-

benen Werte zum Ziel gesetzt und spricht von „Einsparungspotenzialen“, die aber nicht näher spezifiziert werden. Eine Absenkung des Defizits über die durch eine Verbesserung der Wirtschaftslage automatisch eintretende Konsolidierung hinaus erfordert Maßnahmen auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite. Im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang müsste dabei darauf geachtet werden, dass die Konjunkturerholung nicht in einem Frühstadium bzw. durch Überdosierung abgewürgt wird, womit auch das Konsolidierungsziel verfehlt würde. Der Maßnahmenmix muss so gewählt werden, dass negative Auswirkungen auf das Wachstum und Beschäftigung so gering wie möglich gehalten werden. So etwa gehen von der Erhöhung der Besteuerung des Vermögens deutlich geringere negative Effekte auf die Nachfrage aus als von einer Erhöhung der Umsatzsteuer.

Denn durch die Steuersenkung bleibt den Menschen endlich wieder mehr verfügbares Einkommen, und dann kann der nächste Schritt doch nicht darin bestehen, durch eine *Nulllohnrunde* diese positiven Effekte wieder zu vernichten. Wer kann das jetzt wollen? Ein Blick zurück zeigt: Nach Abzug der Steuern und der Preissteigerung blieben den österreichischen Arbeitnehmern in den Jahren 2007 und 2008 im Durchschnitt um 0,3% bzw. 0,1% weniger netto übrig. Den Arbeitnehmern bliebe also trotz guter Abschlüsse immer weniger verfügbares Einkommen. Von 2000 bis 2007 musste das schlechter verdienende Drittel der Arbeitnehmer Reallohnverluste hinnehmen. Jetzt endlich lässt die erfolgte Steuersenkung erstmals seit Jahren wieder eine Steigerung der durchschnittlichen Nettoallöhne erwarten. 2009 wird erstmals nach zehn Jahren wieder mit einem Zuwachs von mehr

als 2% gerechnet. Gerade Menschen mit geringem Einkommen wenden praktisch alle verfügbaren Mittel für Konsumausgaben auf, sie haben eine Konsumquote von praktisch 100%. Für einen Durchschnittsverdiener mit rund 1.800 EUR brutto monatlich bedeutet ein Lohnabschluss in Höhe von 3% ein Einkommensplus von 420 EUR netto im Jahr.

Eine Nulllohnrunde bedeutet für die Wirtschaft den Ausfall von Milliarden an Nachfrage, und der Effekt der Steuersenkung zur Erhaltung der Arbeitsplätze wäre aufgeessen. Die gesamte Brutto Lohnsumme in Österreich betrug 2008, 110,8 Mrd EUR, für 2009 wird sie mit 112,17 Mrd EUR prognostiziert. 1% der Lohnsumme entspricht also ca. 1,1 Mrd EUR also etwa die Hälfte der Lohnsteuersenkung.

Während die Investitionen 2009 laut WIFO real um über 5% sinken werden, hält sich der private Konsum gerade noch mit 0,4% real im Plus. Eine Nulllohnrunde würde auch den Konsum ins Minus drücken. Deswegen sind Nulllohnrunden ein konjunkturpolitischer Irrweg.

Entscheidend für eine Stabilisierung der Wirtschaftslage ist auch eine umgehende Wiederherstellung der *Finanzierungsfunktion des Kreditapparats und des Kapitalmarkts*. Mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz wurden dafür neue Instrumente geschaffen, zusätzlich wird es ein Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetz geben. Bei der Implementierung der Maßnahmen ist auf eine angemessene Verteilung der Risiken zwischen dem Staat und den privaten Eigentümern zu achten.